

J 6

Antragsteller: Juso Frankfurt

Weiterleitung: Landeskonzferenz

Keine Angst vor linker Politik. SPD Mehrheiten im Fünf-Parteiensystem

Einleitung:

Die Bundestagswahlen 2005 hat gezeigt, dass es eine gesellschaftliche Mehrheit links von der Mitte gibt, die sich auch in Bundestagsmandaten ausdrückt. Doch die SPD wagt es bisher nicht mit dieser Mehrheit gestalten zu wollen. Stattdessen gibt sie vor, aus staatspolitischen Erwägungen heraus in eine große Koalition gezwungen zu sein und verwischt damit ihr verbliebenes soziales Profil weiter. Eine Mitte-Links Ampelkoalition scheiterte an der FDP, die ihren Gestaltungswillen der Treue zur CDU unterordnete.

In Hessen hat sich nach der Landtagswahl 2008 ein sehr ähnliches Ergebnis wie bei der Bundestagswahl gezeigt, dass es nun zu gestalten gilt. Die SPD muss sich in Hessen – aber wahrscheinlich zukünftig im Bund, in den Ländern und auch in Städten und Gemeinden – auf ein Fünf-Parteiensystem einstellen, in dem weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb allein eine Mehrheit haben. Die Grünen scheinen sich auf diese Situation bereits eingestellt zu haben, wie man am schwarz-grünen Bündnis in Hamburg sieht. Nun muss auch die SPD beginnen, ihre Optionen jenseits von Großen Koalitionen ausloten und umsetzen.

Dies bedeutet zu einem, dass sich die SPD, soweit auch die FDP endlich bereit ist Verantwortung zu übernehmen, in eine Ampelkoalition begeben kann. Dies ist aber nur in so fern sinnvoll, wie die SPD in einer solchen Konstellation ihre Inhalte umsetzen kann. Zu den neuen Optionen der SPD gehören genauso Bündnisse mit der Linken, ob nun als Duldung oder vielleicht auch als Koalition, wie es in Berlin funktioniert – wo es deshalb auch nicht zum Untergang des Abendlandes gekommen ist. Die SPD muss sich fragen, mit welchen Partnern sie ihre Inhalte am besten durchsetzen kann und danach die Koalitionspräferenzen setzen. Auf keinen Fall darf sich die SPD von Parteien wie CDU und FDP moralisch diktieren lassen, mit wem sie regiert. In diesen beiden Parteien ist es immer wieder vorgekommen, dass rechte Äußerungen gemacht werden, die von weiten Teilen der Parteien gedeckt werden, darüber hinaus haben sich CDU und FDP nach der Wiedervereinigung ohne mit der Wimper zu zucken die Block-Parteien der DDR zum politischen Vorteil einverleibt.

Analyse:

Die SPD hat mit der Agenda-Politik viel Vertrauen verspielt, das nur sehr mühsam wieder aufgebaut werden kann. Die SPD hat dies erkannt und auf dem Bundesparteitag entsprechende Kurskorrekturen (beispielsweise durch die Mindestlohnbeschlüsse, die Verlängerung der Auszahlungen des Arbeitslosengeldes I an ältere arbeitslose Arbeitnehmer/innen und die Absage an eine uneingeschränkte Privatisierung der Deutschen Bahn) erreicht. Vertreterinnen und Vertretern des Niedergangs der SPD, Müntefering, Steinbrück, Steinmeier Platzeck und anderen,

wurde so von der SPD-Basis verdeutlicht, dass ihre Programmatik keine Zustimmung genießt.

Trotz glaubwürdiger Linker Programmatik der SPD ist es nicht gelungen, die Linkspartei aus dem Landtag fern zu halten, auch wenn deren Einzug im Gegensatz zum Niedersächsischen Landtag äußerst knapp ausfiel. Wegen den teilweise sehr massiven Verlusten der Grünen, wird Hessen nicht rot-grün regiert werden können.

Die Zugewinne der SPD ergeben sich aus mehreren ineinandergreifenden Aspekten.

- Die SPD ist mit einer Spitzenkandidatin, Andrea Ypsilanti, in die Landtagswahlen gestartet, die durch ihre Kritik an der Agenda-Politik des Kabinetts Schröder eine hohe Glaubwürdigkeit in Fragen von sozialem Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit besitzt. Auch die Auseinandersetzung um die Spitzenkandidatur mit ihrem innerparteilichen Gegner, Jürgen Walter, verdeutlichte das Profil der hessischen SPD als SOZIALDEMOKRATISCHE Partei im besten Sinne.
- Mit der Entscheidung Andrea Ypsilanti als Fraktionsvorsitzende zu wählen, begann die Landtagsfraktion endlich eine deutliche und sichtbare Oppositionspolitik. In der Bildungspolitik und in der Energiepolitik wurde konzeptionell gearbeitet und die Auseinandersetzung mit der Union um Mindestlohn ist in Hessen angekommen. Es wurde deutlich, dass die Bilanz der Kochregierung hinreichend negativ ist, eine Abwahl zu rechtfertigen.
- Die SPD begann ihren Wahlkampf sehr früh und unter Einbeziehung aller Gliederungen. Sie wurde kämpferisch und an Problemlösungen interessiert wahrgenommen.
- Die Verluste der Grünen konnten zum Teil von der SPD aufgefangen werden, weil sie mit einem Energiekonzept mit den besten Referenzen aufwarten konnte, das durch die Nominierung des alternativen Nobelpreisträgers, Herrmann Scheer, ins Schattenkabinett zusätzlich an Glaubwürdigkeit gewann. Allerdings haben die hessischen Grünen, wegen der schwarz-grünen Koalitionen in Frankfurt, Gießen, Landkreis Gießen, Kassel und Wiesbaden, ihr Profil hinreichend verwischt, um darüber hinaus Stimmen an die Linkspartei zu verlieren.
- In der Endphase des Wahlkampfes hat die CDU versucht, auf der Klaviatur rassistischer und rechtspopulistischer Argumentation, ihre Wählerinnen und Wähler zur Wahl zu mobilisieren. Im Kern ist ihr dies gelungen, allerdings ist dieser Kern u.a. wegen demografischer Veränderungen nicht mehr ausreichend groß um damit Wahlen zu gewinnen. Dank der, gegen diese rechtspopulistischen Töne, kämpferischen SPD, geht von der Hessenwahl ein positives Signal aus. Nämlich, dass sich rassistische und rechtspopulistische Sprüche nicht lohnen. Gewinner/innen dieser Auseinandersetzung waren die hessischen Liberalen. Auch deren Wählerinnen und Wähler waren höchstwahrscheinlich angewidert von der Kampagne der CDU. Eine Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, die ihre Vorrechte als Privilegierte des Geldes absichert, lehnen sie indes nicht ab. Die FDP muss sich aber auch fragen lassen, ob sie überhaupt noch einen politischen Anspruch als eigenständige Partei erheben möchte. Schließlich kann eine Partei, die nur mit einer Partei (CDU) koalieren möchte, sich auch gleich auflösen und zum extrem neoliberalen Flügel der CDU werden.
- Zuletzt wurde der Wahlkampf der SPD durch die Zwischenrufe des ehemaligen Wirtschaftsministers, Wolfgang Clement (noch SPD), torpediert, der als

Lobbyist der großen Energiekonzerne, gegen die Wahl der eigenen Partei aufrief.

Fazit:

Eine kämpferische SPD,

- die mit glaubwürdigem Personal für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der vielen Menschen eintritt, die hohe Lebensrisiken und sonst nichts außer ihrer Arbeitskraft besitzen,
- die, auf Solidarität mit Menschen setzt, die Neoliberale Humankapitalideologen am liebsten komplett "abschreiben" möchten,
- die echte Problemlösungsalternativen, auch gegen den Mainstream der veröffentlichten Meinung vertritt und
- die gestalten will

kann bei Wahlen dazu gewinnen. Es ist aber noch ein weiter Weg, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Perspektive:

Es ist festzustellen, dass sich die Linkspartei im Westen verankert. Es reicht offensichtlich nicht aus, einen (!) eher linken Bundesparteitag zu bestreiten und ansonsten die Linkspartei zu verteufeln, um deren Wahlergebnisse zu schmälern. Vielmehr muss sich die SPD auf Bundesebene und im Osten gegenüber Koalitionen mit dieser Partei öffnen, um gesellschaftliche Mehrheiten in parlamentarische zu verwandeln. In Hessen bleibt abzuwarten, ob sich die Linkspartei als dauerhafte Kraft etabliert, in diesem Fall dürfen Koalitionen mit ihr nicht dauerhaft ausgeschlossen bleiben. Schon alleine deswegen nicht, weil nur die Zusammenarbeit mit dieser Partei zu ihrer Entzauberung beitragen kann (siehe rot-rote Regierung in Berlin: Dort hat die Linkspartei nach Jahren rot-roter Koalition im Jahr 2006 rd. 10% an Zustimmung verloren!).

Um wieder glaubwürdig zu werden, muss die SPD ihr wiedergewonnenes Profil ausbauen und stärken. Dazu ist auch eine innerparteiliche Auseinandersetzung über das veränderte Profil der SPD in der Post-Schröder-Ära fällig. Koalitionen sind keine Liebesheirat, sondern ein Zweckbündnis zur Durchsetzung unserer Politischen Inhalte. Die SPD sollte Koalitionszenarien in Zukunft danach bewerten, inwieweit sie damit Sozialdemokratische Inhalte in Regierungshandeln umwandeln kann.

In Hessen muss es für die SPD erste Priorität sein, ihre Beschlüsse in praktische Politik umzusetzen. Darum ist die SPD-Landtagsfraktion gut beraten, wenn sie zügig ihre Arbeit aufnimmt und aus dem Wahlprogramm Gesetzesinitiativen generiert (Abschaffung von Studiengebühren...) und diese so schnell wie möglich vorlegt. Am Ende werden wir daran gemessen werden, was wir wirklich verändern können.